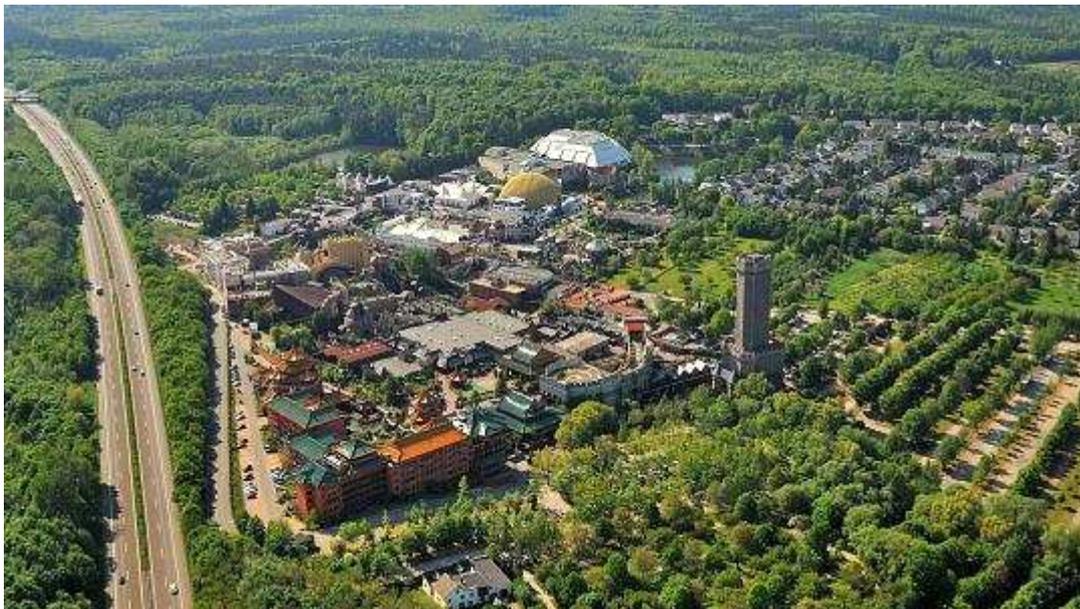


Phantasialand: Streit um Erweiterungspläne

Von: Marlon Gego

Letzte Aktualisierung: 11. Juni 2013, 07:30 Uhr



Phantasialand von oben: Der Freizeitpark in Brühl sollte sich eigentlich nach Westen ins Naturschutzgebiet (oberer Teil des Fotos) vergrößern dürfen. Doch jetzt ist plötzlich nicht mehr sicher, ob das NRW-Umweltministerium einem Verkauf des Gebietes zustimmt. Foto: Archiv

DÜSSELDORF/BRÜHL. Das Phantasialand ist Grund einer Auseinandersetzung der rot-grünen Koalition in Düsseldorf. Nach Informationen unserer Zeitung hat der grüne Umweltminister Johannes Rimmel keine große Lust, dem Freizeitpark in Brühl ein kleines Naturschutzgebiet zu verkaufen, das dem Land Nordrhein-Westfalen gehört.

Da Finanzminister Norbert Walter-Borjahn (SPD) aber offenbar das letzte Wort hat und bereit ist, das Naturschutzgebiet gegen ein entsprechendes Angebot doch zu verkaufen, könnte das Thema zu einem handfesten Koalitionskrach führen.

Nicht weniger als eine Blamage

Der Hintergrund ist der uralte Wunsch von Phantasialand-Eigentümer Robert Löffelhardt, seinen Freizeitpark in Brühl zu vergrößern. Löffelhardt ist der Ansicht, nur so die Zukunft des Phantasialandes sichern zu können. Dazu braucht er aber Land. In einem fast zehn Jahre dauernden Verwaltungsverfahren bei der Bezirksregierung Köln wurden die formalen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass das Phantasialand nach Westen hin um 14 Hektar in besagtes Naturschutzgebiet hinein wachsen darf, und vier Hektar nach Osten.

Dies ist das Ergebnis eines Kompromisses zwischen Phantasialand, der Bezirksregierung, Naturschutzverbänden, Anwohnern und einer Brühler Bürgerinitiative gegen die Erweiterung des Phantasialandes. Der nächste Schritt wäre nun die Eröffnung des Bebauungsplanverfahrens bei der Stadt Brühl. Doch während Robert Löffelhardt es eilig hat, tritt der Umweltminister auf die Bremse.

In einem Schreiben an die Bezirksregierung Köln stellt die Düsseldorfer Staatskanzlei auf Druck des Umweltministeriums einen Anforderungskatalog auf, den Bezirksregierung und Phantasialand abarbeiten sollen. Eine Art Zwischenverfahren also, für das es weder ein Beispiel noch eine gesetzliche Grundlage gibt. So verlangt die Staatskanzlei vor dem nächsten Verwaltungsschritt etwa einen moderierten Prozess zwischen allen Beteiligten: Phantasialand, Umweltschutzverbänden, Bürgerinitiative, Anwohnern. Doch eigentlich enthielt das Verwaltungsverfahren bei der Bezirksregierung genau einen solchen moderierten Prozess, auch im Bebauungsplanverfahren würde es wieder zu einer Anhörung aller Beteiligten kommen. Warum also dieses seltsame Zwischenverfahren?

Auf Anfrage unserer Zeitung erklärte die Staatskanzlei, dass es sich lediglich um „zielführende Hinweise“ handle, die „keinen bindenden Charakter“ hätten. Ein Sprecher des Umweltministeriums hingegen verteidigte dieses Zwischenverfahren: „Wir möchten einen Konsens, der tragfähig ist und hält“, erklärte der Sprecher gegenüber unserer Zeitung. „Wir gehen bewusst über das hinaus, was im Gesetz steht, damit alle Beteiligten zufrieden sind.“ Aber ist das überhaupt möglich? Und ist ein solches Zwischenverfahren, für das es keine rechtliche Grundlage gibt, nicht anfechtbar? „Das Phantasialand kann ja klagen“, sagte der Sprecher, „aber dann bekommt es das Naturschutzgebiet nicht.“ So deutlich hat das bislang noch niemand ausgesprochen.

Da das Phantasialand schon mehr als eine Million Euro in Verwaltungsverfahren investiert hat und auch das Bebauungsplanverfahren nicht billig werden würde, möchte Robert Löffelhardt nun zunächst abschließend klären, „ob und unter welchen Bedingungen die Landesregierung überhaupt bereit ist, die erforderlichen Flächen zur Verfügung zu stellen“.

Da Umweltminister Rimmel in der Vergangenheit wiederholt geäußert hat, die Waldfläche in Nordrhein-Westfalen lieber vergrößern als verkleinern zu wollen, darf man davon ausgehen, dass er das Naturschutzgebiet am liebsten überhaupt nicht verkaufen würde. Dazu kommt, dass es unter Rimmels Amtsvorgänger Eckhard Uhlenberg (CDU) nicht zum Verkauf dieses Naturschutzgebietes gekommen ist. Wäre es nun ausgerechnet der Grüne Rimmel, der dem Freizeitpark das Schutzgebiet abtreten würde, wäre das nicht weniger als eine Blamage.

Was immer Rimmels Beweggründe sein mögen, seinen Interessen stehen jedenfalls die Interessen der SPD-geführten Ministerien für Finanzen und Wirtschaft gegenüber. Das Phantasialand zieht jährlich fast zwei Millionen Gäste an und ist einer der größten Arbeitgeber im Rhein-Erft-Kreis. Überdies würde der Verkauf des Naturschutzgebietes dem Land wohl einen siebenstelligen Betrag eintragen, abgesehen davon, dass das Phantasialand weit mehr als 100 Millionen Euro in seine Erweiterung investieren würde. Was zählt da schon Rimmels kleines Naturschutzgebiet, zumal das Phantasialand verpflichtet ist, eine Ausgleichsfläche zu kaufen und dem Land zu übertragen?

Ob das Naturschutzgebiet letztlich zu einem Koalitionsstreit führen wird, bleibt abzuwarten. Fest steht nur dies: Sollte das Phantasialand nicht in absehbarer Zeit mit seiner Erweiterung beginnen können, wird Robert Löffelhardt die Auslaufplanung einleiten. Mit anderen Worten: Dann würde es das Phantasialand nicht mehr lange geben.

Leserkommentare